

Stagnation, Kooperation und Initiativen: Die Nahostpolitik der Europäischen Union und der USA im Vergleich

Michael Fuker

Für die Europäische Union (EU) und die USA ist die Region des Nahen Osten, mit ihren verschiedenen und von unterschiedlicher Intensität gekennzeichneten Konfliktherden, eine andauernde sicherheitspolitische Herausforderung. Auf den Agenden der europäischen und amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik nimmt die Nahostpolitik deshalb eine vorrangige Position ein. Obwohl das Erreichen von Frieden und Stabilität im Nahen Osten eine Priorität für die EU und USA darstellt und gemeinsam versucht wird einen westlich orientierten Demokratisierungsprozess in der Region zu fördern, sind die Instrumente zur Umsetzung der jeweiligen Nahostpolitik unterschiedlich. Während die EU in ihrer Nahostpolitik mehr Aufmerksamkeit auf wirtschaftliche Sanktionspolitik und die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und der Menschenrechte richtet, legt die USA deutlich mehr Wert auf die militärische Machtprojektion in der Region. Diese unterschiedlichen Strategien im Nahen Osten, insbesondere während der Amtszeit von US-Präsident George W. Bush (2005 – 2009), waren oft ein Streitpunkt in den transatlantischen Beziehungen und führten zu einer Stagnation in den Nahost-Friedensbemühungen. Mit dem Beginn der Amtszeit von US-Präsident Barack Obama 2009 konnten zwar wieder gemeinsame Bereiche der Kooperation im Nahen Osten gefunden und die Friedensbemühungen erneuert werden, im Vergleich zu vorherigen amerikanischen Regierungen aber, wird von Präsident Barack Obama zunehmend mehr Engagement und Einigkeit seitens der EU erwartet. Nicht länger soll die europäische Nahostpolitik ein Anhängsel der US-Nahostpolitik darstellen, sondern mit eigenständigen

Initiativen eine führende Rolle als Friedensvermittler in der Region einnehmen. Im Folgenden werden die Nahostpolitik der EU und jene der USA anhand des Nahost-Friedensprozesses, der politischen Stabilisierungsmaßnahmen im Irak und der Sanktionspolitik gegenüber Syrien dargestellt, verglichen und bewertet.

Stagnation des Nahost-Friedensprozesses

Die Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes ist für die weitere Entwicklung der Region von grundlegender Bedeutung. Die israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen gestalten sich aufgrund der Fortsetzung der israelischen Siedlungspolitik in den besetzten palästinensischen Gebieten und der unterschiedlichen israelischen, amerikanischen und europäischen Vorstellungen hinsichtlich eines zukünftigen palästinensischen Staates sehr schwierig. Sowohl die amerikanischen Bemühungen von Präsident Barack Obama und Außenministerin Hillary Clinton, als auch die Kurzbesuche der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton in der Region, konnten die Friedensverhandlungen nicht wiederbeleben. Die Aufstände in Nordafrika und einzelnen Ländern im Nahen Osten zu Beginn des Jahres 2011 ließen den Nahost-Friedensprozess und die Friedensbemühungen in den Hintergrund der internationalen Aufmerksamkeit rücken. Mit der Überreichung des palästinensischen Antrags auf UN-Mitgliedschaft von Präsident Mahmud Abbas an UN-Generalsekretär Ban Ki Moon am 23. September 2011 in New York wurde die Thematik wiederbelebt, verschärfte die Fronten zwischen Israel und Palästina und ließ mögliche Friedensverhandlungen in

weite Ferne rücken. Das Nahost-Quartett, bestehend aus der EU, Russland, USA und den Vereinten Nationen, versucht zwar intensiv Israel und Palästina an den Verhandlungstisch zurückzubringen und ein Friedensabkommen bis Ende 2012 zu initiieren, aber die Grundvoraussetzung für die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen seitens Palästina ist ein israelischer Siedlungstopp im Westjordanland und in Ostjerusalem.

Die Möglichkeit der EU im Nahost-Friedensprozess eine gewichtige Rolle einzunehmen und als Friedensvermittler neben den USA stärker wahrgenommen zu werden, wird aus Sicht der USA aufgrund von zwei Faktoren angezweifelt: (1) Die Uneinigkeit zwischen den EU-Mitgliedsstaaten in ihren jeweiligen Nahost-Politiken, wie etwa bei Streitigkeiten über die Verbindung zwischen israelischer Politik gegenüber den Palästinensern und der Erweiterung der EU-Israel Beziehungen und (2) das Handeln der EU im Nahost-Friedensprozess, das zwar die amerikanischen Vorgehensweisen im Nahost-Friedensprozess unterstützt, aber zu wenig Eigeninitiative aufweist. Aufgrund dieser zwei Faktoren wird die Rolle Europas im Nahen Osten, aber auch im Nahost-Quartett, weiterhin von Washington nur unzureichend wahrgenommen. Aus Sicht der amerikanischen Think Tanks Brookings, Carnegie und New America Foundation sollte die EU, unabhängig von der amerikanischen Nahost-Politik, die eigene Nahost-Politik forcieren.

Die Europäische Union verfolgt das Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung mit einem unabhängigen, demokratischen und stabilen palästinensischen Staat, welcher von

Israel und den Nachbarstaaten akzeptiert und respektiert wird. Sowohl mit Israel als auch mit der palästinensischen Autonomiebehörde pflegt die EU enge politische und wirtschaftliche Beziehungen. Um den palästinensischen Staatswerdungsprozess glaubwürdig unterstützen zu können, muss die EU gezielter darauf hinwirken, dass die Konfliktparteien keine weiteren Handlungsschritte unternehmen, die eine Zwei-Staaten-Lösung gefährden.

Nach dem Amtsantritt von US-Präsidenten Obama 2009 war die Erwartungshaltung in der arabischen Welt und in der EU sehr hoch, dass eine rasche Lösung im Nahost-Friedensprozess gefunden werden könnte. Die Kairo-Rede Obamas im Juni 2009, welche die Beziehungen zwischen den USA und den islamisch geprägten Ländern auf eine neue Grundlage stellen sollte, beflügelte zusätzlich die Hoffnungen auf eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Diese Hoffnungen wichen jedoch bald der nüchternen Erkenntnis, dass die derzeitige US-Administration wohl nicht imstande sei, die israelische Regierung von ihrer Siedlungspolitik in den palästinensisch besetzten Gebieten abzubringen. Auch der US-Sondergesandte George Mitchell, der unter US-Präsident Bill Clinton im Nordirland-Konflikt 1995 erfolgreich vermittelt hatte und mit seinem Bericht (Mitchell-Report) mögliche Grundlagen eines Friedensprozesses formulierte, scheiterte im Nahost-Friedensprozess aufgrund der israelischen Ablehnung des Moratoriums zum Stopp des israelischen Siedlungsbaus im Westjordanland 2010. Nach dessen Rücktritt im Mai 2011 übernahm David Hale, ehemaliger Stellvertreter Mitchells, die entsprechende Vermittlerrolle im Nahost-Friedensprozess.

Die Entscheidung über den UN-Antrag auf Mitgliedschaft Palästinas im September 2011 wurde im UN-Sicherheitsrat, aufgrund der Vetos der USA und des nichtständigen Ratsmitglieds Deutschland, auf unbestimmte Zeit verschoben. Vorerst sollen auf Vorschlag des Nahost-Quartetts innerhalb eines Monats neue Friedensverhandlungen zwischen Israel und Palästina stattfinden und bis Ende Februar 2012 erste Ergebnisse, vor allem bei Grenz- und

Sicherheitsfragen, in den Verhandlungen erreicht werden. Im Rahmen einer internationalen Nahostkonferenz in Moskau sollen 2012 die Ergebnisse und Fortschritte der Friedensverhandlungen diskutiert und verabschiedet werden. Für die palästinensische Seite gibt es jedoch zwei wichtige Punkte für eine Neuaufnahme der Friedensverhandlungen, die vom Nahost-Quartett vorgegeben wurden: Die Forderung nach einem israelischen Siedlungsstopp in den palästinensisch besetzten Gebieten und eine Zweistaatenlösung auf Basis der Grenzen von 1967.

Stabilisierungsmaßnahmen im Irak

Die Jahre des Krieges und der innenpolitischen Instabilität im Irak hatten einen zerstörerischen Effekt auf die Infrastruktur des Landes. Die Pläne seitens der EU und der USA die irakischen Streitkräfte professionell auszubilden, die irakische Wirtschaft zu stabilisieren und die irakische Infrastruktur wiederaufzubauen wurden durch die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 zurückgeworfen. Auch wenn die Gewalt in Form von terroristischen Anschlägen im Irak langsam abnimmt, so ergeben sich wegen der wachsenden Korruption in den Regierungsinstitutionen und der innenpolitischen Konflikte zwischen schiitischer Mehrheit, sunnitischer Minderheit und den kurdischen Parteien relevante Themen, die mehr Aufmerksamkeit von der irakischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft verlangen. Seit seinem Amtsantritt 2006 hat es der irakische Premierminister Nouri al-Maliki nicht geschafft, eine wirkungsvolle Anti-Korruptionskampagne zu initiieren, die Institutionen des Rechtssystems zu stärken und eine stabile Regierung zu formen. Aufgrund der schwachen Führung und der prekären wirtschaftlichen Lage des Landes, verbunden mit der starken Abnahme ausländischer Hilfe, konnte bisher (1) kein effektives Regieren zustande kommen, konnten (2) die eigenen militärischen Streitkräfte nicht weiterentwickelt und konnte (3) die Infrastruktur nicht rasch aufgebaut werden. Obwohl der Irak zu den Ländern mit den größten Erdölreserven zählt und einige internationale Akteure,

wie etwa die USA, Russland und China den Handel mit Ressourcen forcieren wollen, wird sich der Export von Erdöl wahrscheinlich erst in fünf bis zehn Jahren für die irakische Wirtschaft auszahlen.

Die transatlantischen Kontroversen zum Irak haben mit dem Wechsel von der Regierung Bush zur Regierung Obama 2009 an Intensität verloren und die Suche nach Exit-Strategien wurde bedeutender. Die EU und die USA verfolgen das Ziel eines ungeteilten, einheitlichen und stabilen Iraks mit guten Beziehungen zu seinen Nachbarn. Die Politik der EU im Irak wird sich hierbei in den nächsten Jahren auf folgende zwei Themen konzentrieren: (1) Die Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen mithilfe eines forcierten Energiehandels und (2) die Teilnahme am Wiederaufbau des Iraks durch die Verbreitung von Menschenrechten, Demokratie und den Aufbau der Infrastruktur. Der forcierte Energiehandel zwischen der EU und dem Irak wurde mit dem „Memorandum of Understanding between the Government of Iraq and the EU on Strategic Partnership in Energy“ (Energy MoU) am 18. Januar 2010 beschlossen, wobei die Energiepolitik der EU gegenüber dem Irak vorwiegend von einzelnen EU-Mitgliedsstaaten, insbesondere Deutschland und Frankreich, bilateral geprägt wird.

Im Gegensatz zu den USA, die im Irak ihren politischen Schwerpunkt auf militärische Machtprojektion setzt, konzentriert sich die EU auf die Bereiche Good Governance, humanitäre Hilfe und Rechtsstaatlichkeit wie etwa die Unterstützung des irakischen Wahl- und Verfassungsprozesses seit 2004. Laut der Europäischen Kommission hat die EU im Zeitraum von 2003 bis 2008 mit Hilfe des Humanitarian Aid Department of the European Commission (ECHO) und dem Development Co-operation Instrument (DCI) knapp über eine Milliarde Euro für humanitäre Soforthilfe, Erziehung, Gesundheit und Wahlen im Irak bereitgestellt. In dem Joint Strategy Paper for Iraq wird für die Jahre 2011 bis 2013 die Unterstützung der EU für den Irak anhand von Kapazitätenbildungsmaßnahmen in den Bereichen Good Governance, sozio-ökonomisches Wachstum und Wasser- und Landwirtschaft dargestellt.

Mit der European Union Integrated Rule of Law Mission for Iraq (EUJUST LEX – Iraq) wurde im Juli 2005 eine EU-Mission im Bereich des zivilen Krisenmanagements im Irak begonnen, deren Ziel es ist, zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Verbesserung der Menschenrechtslage in Irak beizutragen. Von Juli 2005 bis Oktober 2010 wurden mit Hilfe der EUJUST LEX Mission über 200 Trainingsprogramme angeboten und mehr als 4.100 irakische Richter und Polizisten ausgebildet. Mit einer Ausweitung der EUJUST LEX Mission könnten zum einen die Bemühungen für eine irakische Justizreform forciert werden, zum anderen das irakische Innenministerium gestärkt werden.

Für die USA hat sich zwar die militärische Mission im Irak unter Präsident Obama in ihrer Art verändert, bis hin zum vollständigen Truppenabzug, aber die Aufrechterhaltung der Stabilität, die Unterstützung der irakischen Streitkräfte und die Umsetzung unterschiedlicher Trainingsprogramme für die irakische Armee, Polizei und Verwaltung bleiben weiterhin relevante außenpolitische Themen für die USA. Die im Irak noch stationierten 41.000 US-Soldaten werden laut Präsident Obama mit Ende 2011 den Irak verlassen. Der Verbleib von etwa 4.500 amerikanischen Militärausbildern über das Jahr 2011 hinaus scheiterte am Widerstand der irakischen Regierung, welche sich weigerte, den amerikanischen Militärangehörigen Immunität vor Strafverfolgung zu gewähren. Zum Schutz der Botschaften werden ungefähr 160 Soldaten im Irak bleiben. Das militärische Engagement der USA nimmt zwar ab, aber die Aufrechterhaltung der Stabilität im Irak wird weiterhin im Fokus der US-Außenpolitik stehen und zudem soll der US-irakische Dialog zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit intensiviert werden.

Sanktionspolitik gegenüber Syrien

Die seit März 2011 anhaltende Protestwelle in Syrien und die gewaltsame militärische Gegenreaktion des syrischen Regimes hat die internationale Gemeinschaft alarmiert, was bislang aber nicht in eine gemeinsame Haltung gegenüber dem syrischen Regime mündete. Die EU und die USA

forderten, nach anfänglicher Zurückhaltung, den Rücktritt des syrischen Präsidenten Baschar Assad und unterstrichen ihre Forderung anhand wirtschaftlicher Sanktionen, wie etwa dem Importverbot von syrischen Erdölzeugnissen.

Als Reaktion auf das Vorgehen des Assad-Regimes gegen Regierungsgegner beschloss der Rat der EU im Mai 2011 restriktive Maßnahmen (Verordnung 442/2011), welche in der Folgezeit erweitert wurden (Verordnung 950/2011 und Verordnung 1011/2011). Im Mai 2011 wurden zum einen ein Waffenembargo und mehrere Einreiseverbote gegen syrische Regierungsbeamte (Justizminister und Informationsminister) verhängt, zum anderen wurden Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen von syrischen Organisationen, wie etwa jenes des Telekommunikationsunternehmens Syriatel, und der genannten Regierungsbeamten in der EU eingefroren. Seit September 2011 verbietet die EU den Kauf, die Beförderung und die Finanzierung von syrischem Rohöl und Erdölzeugnissen. Mit der Verordnung 1011/2011 vom Oktober 2011 wurden außerdem der Verkauf, die Lieferung und die Ausfuhr von syrischen Banknoten und Münzen verboten und die Commercial Bank of Syria (CBS) auf die Liste jener Institutionen und Personen gesetzt, deren Konten und Gelder in der EU eingefroren werden. Am 1. Dezember 2011 wurde beim EU-Außenministertreffen in Brüssel eine Erweiterung der Maßnahmen beschlossen, etwa ein Verbot des Ankaufs syrischer Staatsanleihen und der Lieferung von Programmen zur Überwachung von Computern und Mobiltelefonen.

Die Maßnahmen der EU im September und Oktober 2011 folgten den amerikanischen Sanktionen vom 18. August 2011. Ähnlich den europäischen Sanktionen wurden auch seitens der amerikanischen Regierung der Import von syrischem Erdöl und Erdölzeugnissen verboten und die Konten syrischer Regierungsangehöriger auf amerikanischen Banken eingefroren. Zusätzlich zu den europäischen und amerikanischen Sanktionen wurden am 27. Oktober 2011 in Kairo erstmals politische und wirtschaftliche Sanktionen von der

Arabischen Liga beschlossen. Sanktionen seitens der Vereinten Nationen, welche von der EU und den USA befürwortet werden, wurden im UN-Sicherheitsrat bisher von Russland und China verhindert. Die Gründe für die russische und chinesische Ablehnung von UN-Sanktionen gegenüber Syrien sind vielschichtig. Zum einen sind wirtschaftliche Faktoren, wie etwa die Erdölvorkommen des Landes und laufende Rüstungsgeschäfte von großer Bedeutung, zum anderen spielen auch außenpolitische Strategien eine gewichtige Rolle, wie etwa Chinas Prinzip der Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten. Eine militärische Operation in Syrien unter der Führung der USA oder der NATO mit Beteiligung der EU ist aufgrund der Konfliktlage in Libyen und der schleppend vorangehenden innenpolitischen Entwicklungen im Irak kein Thema. Eine militärische Operation in Syrien könnte außerdem zu einer Destabilisierung in der Region führen und schlussendlich die Sicherheit des gesamten südlichen Mittelmeerraumes gefährden.

Im Gegensatz zu den USA richtete sich der europäische Ansatz bislang nicht auf eine Änderung der syrischen Außenpolitik in der Region, sondern auf die Unterstützung innenpolitischer Reformen. Die EU verfolgte in der Vergangenheit gegenüber Damaskus einerseits eine Politik der Annäherung, um Syrien aus der internationalen Isolation und der Zusammenarbeit mit dem Iran zu lösen und andererseits versuchte die EU der politischen Führung des Landes Zugeständnisse abzurufen, insbesondere hinsichtlich der Nichteinmischung im Libanon sowie des Respekts der Menschenrechte. Da die Menschenrechtsverletzungen durch das Assad-Regime fortgesetzt und keine innenpolitischen Reformprozesse durchgeführt werden, müssen sich die EU und USA die Frage stellen, ob wirtschaftliche Sanktionen noch ausreichen, um die Lage in Syrien zu entspannen. Sollten keine UN-Sanktionen zustande kommen, bestehen Überlegungen seitens des US-Kongresses hinsichtlich weiterer Optionen, um das Assad-Regime unter Druck zu setzen. Dazu zählen zum Beispiel neue amerikanische oder internationale Sanktionen die den syrischen

Energiesektor betreffen oder Anklagen gegen syrische Regierungsangehörige wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Resümee und Ausblick

Trotz der intensiven Bemühungen der USA und der EU im Rahmen des Nahost-Friedensprozesses, bei den Stabilisierungsmaßnahmen im Irak und der Sanktionspolitik gegenüber Syrien konnten die jeweiligen Interessen keineswegs umgesetzt werden. Der Nahost-Friedensprozess ist festgefahren und eine Weiterentwicklung hängt stark von der palästinensischen und israelischen Gesprächsbereitschaft ab. Die Vermittlungsbemühungen des Nahost-Quartetts im Friedensprozess könnten aufgrund der Fortsetzung der israelischen Siedlungspolitik in palästinensisch besetzten Gebieten an ihre Grenzen stoßen. Daher sollte sich die EU verstärkt für einen vollständigen Stopp des israelischen Siedlungsbaus und den Abbau israelischer Abriegelungen in der West Bank einsetzen. Die EU sollte trotz des Widerstands seitens der USA und Israels Initiativen unterstützen, welche die Hamas in den Friedensverhandlungsprozess miteinbeziehen. Um eine Integration der Hamas in das politische System der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) zu erreichen, bedarf es eines dauerhaften Waffenstillstands zwischen Israel und der PA. Die Politik der USA konnte auch unter Präsident Obama keine weiterführenden Erfolge im Nahost-Friedensprozess verbuchen. Dieser Prozess könnte außerdem durch die verschiedenen Krisen in der Region in den Hintergrund des internationalen Interesses gedrängt werden. Während die militärische Machtprojektion der USA im Irak durch den Truppenabzug der US-Soldaten ein Ende findet, gehen die Stabilisierungsmaßnahmen in diesem Land nur langsam voran und werden durch vermehrte Fälle von Korruption und durch eine instabile Regierung geschwächt. Für den Erfolg der innenpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen im Irak sind nun weniger das Handeln des amerikanischen Militärs als vielmehr europäische Instrumente zur Förderung von Good Governance und Rechtsstaatlichkeit wie auch humanitäre Hilfe gefragt.

Die europäische und amerikanische Sanktionspolitik gegenüber Syrien scheint trotz wirtschaftlicher Einschränkungen das Regime Assad nicht davon abzuschrecken weiter mit Gewalt gegen die Proteste im Land vorzugehen. Solange Sanktionen der Vereinten Nationen von deren ständigen Sicherheitsratsmitgliedern Russland und China durch ein Veto verhindert werden, wird das syrische Regime wohl kaum eine Kursänderung vornehmen. Um die Entwicklungen im Nahost-Friedensprozess, im Irak und in Syrien mit Blick auf Transformationsprozesse zumindest zu beeinflussen, könnten die transatlantischen Partner folgende drei Handlungsschritte in Betracht ziehen:

- (1) Eine gezielte Aufklärung der Bevölkerung im Nahen Osten über die europäischen und amerikanischen Maßnahmen kann ein wichtiger Schritt hin zur Förderung der Demokratie in der Region sein. Hierzu gilt es insbesondere, die Unterstützungsmaßnahmen für nichtstaatliche Organisationen zu erweitern und die lokale Zivilgesellschaft zu unterstützen, um die Akzeptanz der Bevölkerung der jeweiligen Ländern gegenüber ausländischer Hilfe zu erhöhen. Das Demokratiebestreben des Westens darf nicht als Machtdemonstration missverstanden werden.
- (2) Die Formulierung von gemeinsamen diplomatischen Stellungnahmen der EU und der USA soll den Staaten des Nahen Ostens signalisieren, dass der Westen weiterhin daran interessiert ist, Entwicklungen in den Bereichen Demokratie und Menschenrechte in der Region zu fördern. Vor allem bedarf es einer besseren Koordination europäischer und amerikanischer Positionen zu arabischen Regimen und islamistischen Organisationen.
- (3) Die stärkere Einbindung von regionalen Akteuren (Golfstaaten) und Mediatoren (speziell Ägypten und die Türkei) kann die europäische und amerikanische Nahostpolitik unterstützen und weiterentwickeln.

Anhand der beschriebenen Handlungsschritte für die EU und die USA wird deutlich erkennbar, dass neben wirtschaftlichen und militärischen Mitteln zunehmend den Bevölkerungen und nichtstaatlichen Organisationen im Nahen Osten eine bedeutendere Rolle beigemessen werden sollte. Die politischen Akteure in der EU und in den USA sind aufgerufen, verstärkt mit den Bevölkerungen im Nahen Osten zu kommunizieren und regionale Foren zu nutzen. Zudem sind die EU und die USA hinsichtlich des Konfliktmanagements und der Friedenssicherung im Nahen Osten zunehmend auf regionale Mediatoren, wie etwa die Türkei, Ägypten und die Staaten des Golfkooperationsrates angewiesen. Die Nahostpolitik der EU und USA scheitert zurzeit nicht nur an der Ineffizienz politischer und wirtschaftlicher Instrumente, sondern auch an der fehlenden Akzeptanz durch die Bevölkerungen in den Staaten des Nahen Ostens. Sowohl die EU wie auch die USA müssen ihr Engagement in der Region auf Glaubwürdigkeit aufbauen.

Michael Fuker ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am AIES.

© Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, 2011

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck oder vergleichbare Verwendungen von Arbeiten des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) sind auch in Auszügen nur mit vorheriger Genehmigung gestattet. Die im AIES-Fokus veröffentlichten Beiträge geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wieder.

Schlossgasse 6
A-2344 Maria Enzersdorf
Tel. +43 (0)2236 411 96
Fax. +43 (0)2236 411 96-9
E-Mail: office@aies.at
www.aies.at

Layout: EGENCY Medienbüro Patrick Meyer